

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

das **Landesentwicklungsprogramm (LEP)** beschäftigt uns nach wie vor:

Staatsminister Söder will das Anbindegebot lockern bzw. ganz aufheben. Das hätte zur Folge, dass neue Gewerbegebiete praktisch überall, in der Praxis dann auf Flächen mit guten Verkehrsanbindungen entstehen können. Dabei ist der hohe Flächenverbrauch in Bayern durch neue Baugebiete und Straßen bereits jetzt besorgniserregend. Jeden einzelnen Tag nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern um 17 Hektar zu (immerhin eine Fläche von etwa 24 Fußballfeldern). Durch die Versiegelung der Böden werden Lebensräume für Tiere und Pflanzen zerstört, Hochwasserereignissen wird Vorschub geleistet, wenn die natürliche Wasserrückhaltefunktion der Landschaft verloren geht. Leidtragende des fortwährenden Flächenverbrauchs sind vor allem die Landwirte, da der Flächenentzug regelmäßig auf landwirtschaftlichen Flächen stattfindet.

Ein gutes Flächenmanagement ist aber vor allem deshalb erforderlich, um den nachfolgenden Generationen noch einen Planungsspielraum bei der Siedlungsentwicklung zu ermöglichen. Maßnahmen, um den Flächenverbrauch zu dämpfen, wären ein flächensparender Wohnungsbau und Nachverdichtungen im Bestand. Das Ziel muss sein, Industriebrachen neu zu beleben und Leerstände in die Nutzung zurückzuführen, bevor neue Gewerbe- und Siedlungsflächen ausgewiesen werden. Wann immer möglich, sollte die innerstädtische Verdichtung der außerstädtischen Bebauung vorgezogen werden. Ortskernbelebung ist das Stichwort! Es gibt bereits gut funktionierende Modelle wie z. B. die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land, die ein erfolgreiches Leerstandsmanagement betreibt und auch wieder Betriebe und junge Familien in den angeschlossenen Orten ansiedelt. Ich meine, um neue Gewerbegebiete auszuweisen, muss eine hohe Begründungsdichte gegeben sein. Es stehen einfach zu viele Gewerbeobjekte leer und die Landwirtschaft braucht das wertvolle Ackerland!



Thorsten Glauber, MdL
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Diesen Mittwoch hat die EU-Kommission eine „Europäische Säule Sozialer Rechte“ vorgeschlagen. In der neuen **Sozialcharta** sollen 20 Prinzipien zum

sozialen Schutz, einem gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie fairen Arbeitsbedingungen verankert werden. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sehen wir diesen Vorschlag kritisch. Sozialpolitik muss in erster Linie in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben. Eine weitere Zuständigkeitsverlagerung dieses Bereichs nach Europa kommt für uns nicht infrage. Eine bessere gegen-seitige Abstimmung der Sozialpolitiken unter den EU-Mitgliedstaaten ist zwar durchaus wünschenswert.

Eine weitere Vereinheitlichung halten wir aber für das falsche Signal. Denn unsere Bundes- und Ländersysteme funktionieren weitgehend zufriedenstellend und sind in ihrer Verzahnung schon kompliziert genug. Mit dem mächtigen Titel einer sozialen Säule weckt die EU-Kommission Erwartungen, die die Bürgerinnen und Bürger entweder verunsichern oder zwangsläufig enttäuschen werden. Die Europäische Union hat nur sehr begrenzte Zuständigkeiten in der Sozialpolitik und muss dies auch respektieren. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir diesen sensiblen Bereich weiterhin sehr genau beobachten und genau hinsehen, was Brüssel hier weiter vorhat.

Rückblick

Die Nutzung von waffenfähigem Uran im **Forschungsreaktor Garching** muss endlich ein Ende haben! Doch wie ein von uns geforderter Bericht nun zeigt, soll der Forschungsreaktor FRM II entgegen allen Ankündigungen auch nach dem anvisierten Umrüstungszeitpunkt 2018 weiterhin mit hoch angereichertem Uran betrieben werden. Dabei hat der Steuerzahler in den vergangenen Jahren hohe Summen für die geplante Umrüstung investiert. Seit 2003 sind für diesen Zweck an den FRM II rund 17 Millionen Euro an Steuergeldern geflossen. Offenbar ohne erkennbaren Erfolg. Während der Anreicherungsgrad des Urans der Brennelemente in Kernkraftwerken bei drei bis vier Prozent liegt, werden beim FRM II spezielle Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem – potenziell waffenfähigem – Uran verwendet. Die abgebrannten Brennelemente, die immer noch einen Uran-Anreicherungsgrad von 87 Prozent haben, sollten laut Auskunft der Staatsregierung aus dem Jahr 2015 ab 2018 in 17 CASTOR-Transporten von Garching in das Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen verbracht werden. Nachdem die Umrüstungsvereinbarung nun wieder nicht eingehalten wird, ist zu befürchten, dass sich auch die Zahl der CASTOR-Transporte noch weiter erhöhen wird.

Bayern muss besser werden, wenn es um den Einzug der **Digitalisierung** in die Klassenzimmer und Hörsäle geht. Wenn Bayerns Schüler und Studierende voll von der digitalen Revolution profitieren sollen und wir den Anschluss an andere OECD-Länder nicht vollends verlieren wollen, muss von der Grund-

schule bis hin zu allen Ausbildungsrichtungen weiterführender Schularten mehr in die IT-Bildung investiert werden.

Aus diesem Grund haben wir ein Antragspaket **#BILDUNG_DIGITAL** entwickelt und am Dienstag im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Wir wollen ein erhöhtes Stundenbudget für Informatik an Schulen durchsetzen. Auch im Hochschulbereich wollen wir FREIEN WÄHLER digitale Bildungsformate zum Standard machen. Wir fordern ein Maßnahmenprogramm, das den bayerischen Hochschulen zusätzliche Mittel in Höhe von 7 Millionen Euro für den Ausbau der IT-Infrastruktur sowie die Mittel für 200 neue Planstellen, unter anderem für Cyber-Professuren, zur Verfügung stellt. Das erlaubt einen zielgerichteten Ausbau digitaler Lehr-, Lern- und Forschungsformate sowie den Ausbau von Studiengängen mit disziplinbezogenem informationstechnologischen Profil.

Erfolg für die Politik der FREIEN WÄHLER: Unserer Forderung nach einer besseren steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) wurde nun auch von der CSU-Fraktion zugestimmt. In einem Dringlichkeitsantrag hatten wir eine **pauschale steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung** gefordert. Sie ist gerade für kleine und mittelständische sowie junge Unternehmen hilfreich. Im Gegensatz zu Mitteln aus Förderprogrammen schafft eine steuerliche Förderung Planungssicherheit und muss nicht mit hohem administrativen Aufwand beantragt werden. Angesichts des globalen Standortwettbewerbs ist Deutschland als führendes Industrieland darauf angewiesen, Hightech-Unternehmen im Land zu halten. Dies gilt insbesondere für die hoch innovativen Mittelstandsbetriebe.

Der **Gesetzentwurf der Staatsregierung über Verbote der Gesichtsverhüllung in Bayern** stand diese Woche auf der Tagesordnung des Verfassungsausschusses. Wir haben dazu einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir Nachbesserungen erreichen wollten. Auch wenn die Anwendungsfälle äußerst gering sein dürften, halten wir gesetzlich geregelte Verhüllungsverbote für bestimmte Bereiche aus rechtsstaatlichen Gründen für sinnvoll. Allerdings muss ein Eingriff in die Grundrechte Betroffener verhältnismäßig und gerechtfertigt sein. Das ist bei der aktuell vorgesehenen Ermächtigungsgrundlage jedoch nicht der Fall und bringt damit die Kommunen in Konflikte. Auch Städte- und Gemeindetag lehnen die Ermächtigungsnorm daher strikt ab. Der neuen Regelung zufolge können die Gemeinden bei Vergnügungen und Ansammlungen beziehungsweise an bestimmten öffentlichen

Orten Verbote der Gesichtsverhüllung erlassen. Das ist aber überflüssig und bringt die Kommunen in Konflikte – denn schon jetzt gilt grundsätzlich das Vermummungsverbot und die Polizei darf die Identität von Personen ohnehin jederzeit feststellen. Deshalb sollte auf die verfassungsrechtlich bedenkliche und überflüssige Regelung verzichtet werden. Vergeblich, denn die Mehrheitsfraktion im Ausschuss lehnte ab. Wir finden, dass es sich die Staatsregierung hier zu einfach macht, indem sie versucht, den Schwarzen Peter an die Gemeinden abzuschieben.

Impressum

Thorsten Glauber, MdL
Klosterstraße 10
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de